

II-14 725 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

6793/AB

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

1994-08-29

zu 6977/J

Wien, am 25. August 1994  
GZ: 10.101/259-Pr/10a/94

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 W i e n

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr.  
6977/J betreffend Ortsumfahrungen im Weinviertel, welche der  
Abgeordnete Rosenstingl am 14. Juli 1994 an mich richtete, stelle  
ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Wie hat sich der durchschnittliche tägliche Verkehr auf der  
Strecke Stockerau - Kleinhaugsdorf in den letzten fünf Jahren  
entwickelt (tägliche Fahrten, Messungen an neuralgischen Punkten,  
etc.)?

Antwort:

Die durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke im Zuge der B 2  
betrug bei der letzten Straßenverkehrszählung 1990 in Sutzenbrunn  
7650 Kfz/24 h, in Jetzelsdorf 3250 Kfz/24 h und in Kleinhaugsdorf  
2350 Kfz/24 h.

Republik ÖsterreichDr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 2 -

Die Hochrechnungswerte für 1993 betrugen für Sutzenbrunn 8620 Kfz/24 h, für Jetzelsdorf 3660 Kfz/24 h und für Kleinhaugsdorf 2650 Kfz/24 h.

Punkt 2 der Anfrage:

Gibt es in Ihrem Ministerium Pläne, die durch den beträchtlich zunehmenden Verkehr besonders betroffenen Orte Jetzelsdorf, Guntersdorf, Schöngrabern und Sutzenbrunn beispielsweise durch Ortsumfahrungen zu entlasten?

Wenn ja, wann ist mit einer Verwirklichung dieser Pläne zu rechnen?

Wenn nein, werden Sie derartige Planungen in Angriff nehmen?

Antwort:

Für die angesprochenen Ortschaften existieren Umfahrungsprojekte. Die Realisierung dieser Projekte richtet sich nach der - aufgrund von Vorschlägen der Bundesstraßenverwaltung Niederösterreich erstellten - Bedarfsfeststellung für den Ausbau von Bundesstraßen. Die Umfahrungen Sutzenbrunn, Schöngrabern, Grund und Guntersdorf sind in der Priorität 2, die Umfahrung Haugsdorf (Jetzelsdorf) in der Priorität 3 gereiht. Da einige Projekte den heutigen umweltrelevanten Anforderungen nicht mehr entsprechen, sind Neuerstellungen erforderlich. Die Trassen selbst sind umweltverträglichkeitsprüfungspflichtig und bedürfen einer Verordnung gemäß § 4 Abs.1 Bundesstraßengesetz 1971.

Punkt 3 der Anfrage:

Haben Sie mit den Bürgermeistern der in Frage 2 genannten Gemeinden bereits Kontakt hinsichtlich der stark gestiegenen Verkehrsbelastung sowie hinsichtlich einer Lösung dieses Problems aufgenommen?

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 3 -

**Antwort:**

Im Zuge der Bedarfsfeststellung für den Ausbau von Bundesstraßen wurden die Bürgermeister von der Bundesstraßenverwaltung im Amt der Niederösterreichischen Landesregierung kontaktiert.

*Wolfgang Schüssel*